

# Pieper: UVP-Richtlinie erschwert Investitionen

**KREIS STEINFURT.** Das Europäische Parlament sprach sich gestern in Straßburg für den Text des Umweltausschusses zur überarbeiteten Umweltverträglichkeitsprüfung aus, berichtet der hiesige EU-Abgeordnete Dr. Markus Pieper. Statt für Erleichterungen bei der Umsetzung zu sorgen, werde es jetzt komplizierter. Damit sei klar, dass auf die Industrie ein Mehr an Bürokratie, Kosten und Rechtsunsicherheit zukomme.

„Die Neufassung der UVP-Richtlinie ist ein Anti-Investitionsprogramm. Die erhebliche Verschärfung der Regelungen für die Plan- und Genehmigungsverfahren stellt für jedes Unternehmen in NRW einen enormen Nachteil dar. Grüne und Sozialdemokraten haben sich mit ihrer Regulierungswut leider durchgesetzt“, so Pieper (EVP/CDU). Die EVP wollte beispielsweise Biodiversität konkreter als Fauna und Flora definieren, was Ermessensspielräume verringert und die Gefahr „paralleler Gesetzgebung“ ausgeschlossen hätte.

Größere Industrie- und Straßenbauprojekte seien nun durch eine entstehende Rechtsunsicherheit gefährdet. Insbesondere die Vermischung von nationalem Fachrecht und UVP sei problematisch. Beim Bau einer Straße müssten so etwa zwei Genehmigungsverfahren stattfinden.

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

## Quelle

**Verlag** : Westfälische Nachrichten  
**Publikation** : Greven  
**Ausgabe** : Nr.235  
**Datum** : Donnerstag, den 10. Oktober 2013  
**Seite** : Nr.20